

BRANDENBURG

Prämie für Wegzug?

Heftige Reaktionen in Brandenburg hat ein Vorschlag des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin, ausgelöst: Die Politik, so die Ansicht der Forscher, solle den Wegzug von Menschen aus strukturschwachen Randregionen finanziell belohnen.

Manche Gebiete, heißt es in der vom brandenburgischen Landtag in Auftrag gegebenen Studie, würden sich in Zukunft von der weiteren Entwicklung abkoppeln und beständig schrumpfen. „Hier den Erosionsprozess künstlich aufzuhalten, wäre Mittelverschwendung“, schreibt das Berlin-Institut. Deswegen solle die Regierung „in Landstrichen, in denen sich die Lage kontinuierlich verschlechtert, den Rückzug bis hin zur Streichung von Versorgungs- oder Gewährleistungsstandards unterstützen – also eine Entleerung geradezu fördern.“ Darüber hinaus müsse das Land versuchen, „die Menschen dort, wo kein anderer Impuls möglich ist, zum Abwandern zu motivieren. Dies könnten etwa Prämien für das Verlassen einer sich entleerenden Region sein.“

Brandenburgische Politiker aller Parteien reagierten empört auf den Vorschlag – obwohl sich das Potsdamer Kabinett selbst von der früheren massiven Förderung gerade der Randregionen verabschiedet hat und unter dem Motto „Stärken stärken“ eine Politik verfolgt, die den Schwerpunkt auf prosperierende Gebiete legt.

Wie dramatisch sich die Bevölkerungssituation im Land Brandenburg entwickelt, belegen Zahlen des Landesbetriebs für Datenverarbeitung und Statistik. Demnach werden im Jahr 2030 beispielsweise im Landkreis Elbe-Elster 28,1% weniger Men-

schen leben als im Jahr 2004. Für den Landkreis Oberspreewald-Lausitz wird ein Rückgang um 32,9% vorhergesagt, für den Landkreis Oder-Spree um 34,5% und für den Landkreis Uckermark um 34,8%.

Als „besorgniserregend“ bezeichnet der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), Berlin, den Rückgang insbesondere der jungen Einwohner. Im so genannten äußeren Entwicklungsraum, wie die Politik die Randgebiete des Landes einst euphemistisch taufte, sei die Zahl der unter 25-Jährigen seit 1991 bereits um gut 40% gesunken. Parallel dazu sei die Zahl der über 65-Jährigen um mehr als die Hälfte gestiegen. BBU-Vorstand Ludwig Burkardt fordert deshalb von der Politik, „sich Gedanken darüber zu machen, wie sie diese Regionen langfristig auch wieder für junge Familien attraktiv machen kann“.

Vor ähnlichen Problemen wie Brandenburg steht das Nachbarland Sachsen-Anhalt. Dort hat das Bauministerium jetzt das ISW-Institut, Halle (Saale), beauftragt, Entwicklungsstrategien für kleine Städte und Gemeinden in ländlichen, schwach strukturierten Räumen zu untersuchen. Schon jetzt stehe aber fest, sagt Bauminister Karl-Heinz Daehre, „dass der Nahverkehr, die medizinische Betreuung der Bürger, die Energieversorgung und ähnliche Angebote überall im Lande vorgehalten werden“.

Derweil unterbreitet das Berlin-Institut bereits Vorschläge für ökonomisch aussichtsreiche Nutzungsszenarien einzelner Regionen. Für die Region Neuruppin-Rheinsberg-Fürstenberg empfiehlt es beispielsweise hochwertigen Kulturlandschaftstourismus und exklusive Naherholung, während sich Eisenhüttenstadt als „Freilichtmuseum und Anziehungsort für Geschichtstouristen“ profilieren könnte. (ch)